
Grüne Wärme
für alle!
gruene-bundestag.de
Uns geht's ums Ganze

Worum geht es?

Meine Heizung ist kaputt, eine neue muss her. Doch für welche soll ich mich entscheiden? Öl und fossiles Gas sind klimaschädlich und außerdem teuer. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine und dem Iran-Krieg sind die Preise für die fossilen Energieträger auf Rekordhöhe gestiegen. Das kann jederzeit wieder passieren. Teurer werden Öl und Gas schon allein wegen steigender Gasnetzentgelte und CO_2-Preise. Wie komme ich also an eine klimagerechte, günstige Alternative, damit es weiter warm ist bei mir zuhause?

Heizen muss bezahlbar, klimafreundlich und sozial gerecht sein. In Ampelzeiten hatte der Bundestag zwei Gesetze beschlossen, die dafür sorgen sollten, dass Hausbesitzer*innen und Mieter*innen mit ihren Fragen nicht allein dastehen. Leider hat jedoch die schwarz-rote Koalition das Gebäudeenergiegesetz (GEG) im Juli 2026 wieder abgeschafft. Es wurde durch das sogenannte Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) ersetzt. Damit öffnet die Bundesregierung der Gas- und Öllobby die Tür zum Heizungskeller und



Foto: getty-images

treibt die Menschen direkt in eine fossile Heizkostenfalle. Auch das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung möchte die Koalition verändern. Dabei wären Klarheit und Planungssicherheit bei lokalen Wärmekonzepten gerade jetzt wichtig. Durch ihre Eingriffe hat die Bundesregierung das Zusammenspiel beider Gesetze aufgehoben. Auch neue Gasheizungen sind wieder erlaubt, was eine klimafreundliche Wärmeplanung vor Ort erschwert. Insgesamt bringt diese Politik den fossilen Rückschritt. Sie ist weder gut für den Geldbeutel noch fürs Klima.

Fossiler Rückschritt: Wärmewende in Gefahr

Mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz lässt die Regierung aus Union und SPD den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen wieder zu. Das klingt im ersten Moment bequem, wird aber extrem teuer. Wir Grüne im Bundestag warnen vor dieser Investitionsfalle. Wer sich heute auf dieses Gesetz verlässt und noch einmal in fossile Technik investiert, tut sich keinen Gefallen. Denn eine neue Gasheizung soll die nächsten 15 bis 20 Jahre halten. In dieser Zeit wird jedoch Gas immer teurer werden. Die Gründe dafür sind der ansteigende CO_2-Preis, höhere Netzentgelte und eine neue Quote für „grünes Gas“. Auch rechtlich steht das Gesetz auf wackligen Beinen. Zwei Gutachten des Bundestags zeigen, dass es sowohl vor dem Bundesverfassungsgericht als auch am EU-Recht scheitern könnte.

Die Pläne von CDU und SPD sind rückwärtsgewandt und bauen Luftschlösser:

- Die Luxusgas-Quote: Ab 2028 müssen die Eigentümer*innen bereits bestehender Gasheizungen nachweisen, dass diese Heizungen zunehmend mit sogenanntem Grüngas, zum Beispiel Wasserstoff oder Biomethan, betrieben werden. Ab 2029 bis 2040 stufenweise ansteigend sollen neue Heizungen bis zu 60 Prozent mit „grünem“ Gas betrieben werden. Auch erdgasbasierter Wasserstoff ist zulässig. Eine vergleichbare Regelung gibt es für neue Ölheizungen.

- Die Täuschung: Hier baut die schwarz-rote Koalition ein Luftschloss. Denn niemand weiß heute, woher diese riesigen Mengen an grünem Gas kommen sollen und was sie kosten werden. Expert*innen warnen, dass dieses „Luxus-Gas“ extrem knapp und teuer sein wird.

- Das Ergebnis: Statt günstiger Wärme droht ein Kostenschock. Die Regierung treibt uns in eine neue Abhängigkeit von teuren Importen und spekulativen Brennstoffen, statt auf technologisch ausgereifte Lösungen zu setzen.

- Die Klimaschutzlüge: Schwarz-Rot ist der Klimaschutz beim Heizen offensichtlich egal. Denn Öl- und Gasheizungen tragen zur Klimakrise bei und bedrohen die Lebensgrundlagen von uns allen.

Wir Grüne im Bundestag wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Heizen klimafreundlich ist und auch in Zukunft bezahlbar bleibt:

- Unabhängigkeit: Wir setzen auf den Erfolgspfad der letzten Jahre. Jede Wärmepumpe macht uns unabhängiger von Gasimporten aus Krisenregionen und weniger erpressbar.
- Planungssicherheit: Handwerk, Industrie und Verbraucher*innen brauchen Verlässlichkeit. Falsche Anreize schaffen nur Chaos. Das politische Hin und Her bremst eine ganze Branche aus, die gerade dabei war, durchzustarten.
- Klimaschutz ist Menschenschutz: Wir halten daran fest, unsere Umwelt zu schützen und die Klimaerhitzung zu begrenzen. Klimaschutz und günstiges Heizen passen zusammen.

Um es klar zu sagen:

Das Gebäudemodernisierungsgesetz aus dem Hause Katherina Reiche kennt nur ***einen Gewinner, die Gaslobby***. Verlierer gibt es dagegen viele: das Klima, unsere Energieunabhängigkeit und die Verbraucher*innen. Die sogenannte Grüngasquote wird als Fortschritt verkauft, ist aber in Wahrheit ein Etikettenschwindel. Sie öffnet die Tür für das „Weiter-so", für das Festhalten an der Gasheizung und zementiert damit fossile Abhängigkeiten für Jahrzehnte. Das wird insbesondere Mieter*innen betreffen, die nicht die Wahl haben. Sie entscheiden nicht, welche Heizung in ihrem Mietshaus eingebaut wird, doch ihnen drohen in der Folge die hohen Betriebskosten.

Jetzt ist die Zeit für erneuerbare Wärme!

Durch die schwarz-rote Energiepolitik sind unsere Klimaziele bereits in weite Ferne gerückt. Um sie doch noch zu erreichen, müssen wir an der richtigen Stelle sparen: bei den CO_2-Emissionen. In Deutschland hat der Gebäudebereich mit bis zu 40 Prozent einen erheblichen Anteil daran. Hier müssen wir dringend vorankommen – bei der Dämmung, bei der Effizienz, beim Bauen und ganz entscheidend auch beim Heizen. Die Menge der Treibhausgasemissionen, die durch das Heizen verursacht wird, hängt von mehreren Faktoren ab. Neben dem Energieträger kommt es auf das Alter und den Zustand der Heizung an. Auch die Emissionen, die bei Gewinnung und Transport des Brennstoffs anfallen, tragen dazu bei. Erdgas und Heizöl schneiden hier immer am schlechtesten ab. Rund 70 Prozent aller Häuser und Wohnungen in Deutschland werden derzeit aber noch mit Öl und Gas beheizt. Das ist nicht nur klimapolitisch fatal, sondern wird auch teuer für all die Haushalte, die weiter auf das Altbewährte setzen. Deswegen hatte die Ampelregierung mit dem sogenannten Heizungsgesetz ab 2024 die Weichen neu gestellt: für klimafreundliches Heizen mit erneuerbarer Wärme. Oftmals ist die Wärmepumpe in der Praxis bereits das Mittel der Wahl, im Jahr 2025 war sie die meistverkaufte Heizungsquelle. Wir waren auf einem guten Weg, mit Schwarz-Rot sind wir auf dem Holzweg.



Foto: getty-images





Die Vielfalt erneuerbarer Wärme

Erneuerbare Energien sind der Schlüssel zu einer klimafreundlichen, bedarfsgerechten und vielfältigen Wärmeversorgung – und sie sind die Säule, die die kostengünstige Wärme der Zukunft trägt. Eine Wärmeversorgung auf Basis der Erneuerbaren schützt Mieter*innen und Selbstnutzer*innen von Wohneigentum vor stark steigenden Heizkosten. Gas dagegen wird auf absehbare Zeit deutlich teurer werden. Wer sichergehen und auf kostengünstige, verfügbare Technik setzen will, wählt jetzt eine Anlage mit erneuerbarer Wärme.

Auswahl und Möglichkeiten sind groß – von der Wärmepumpe bis zum Anschluss an ein Wärmenetz, von Stromdirektheizungen über Solarthermie bis hin zur Biomasseheizungen. Auch Hybridheizungen sind eine Option. Dabei werden mehrere Wärmequellen miteinander kombiniert, zum Beispiel ein Gasbrenner mit Solarthermie. So haben Eigentümer*innen freie Hand, wie sie auf erneuerbare Wärme umstellen.



Fotos: picture-alliance; laif



Foto: picture alliance

Gemeinsam stärker:

Wärmenetze

Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein der Versorgung mit erneuerbarer Wärme. Sie beliefern derzeit rund 15 Prozent unserer Wohnungen und Häuser. Die Wärme wird aktuell vor allem durch Heizkraftwerke oder die Abwärme eines Unternehmens bereitgestellt. Über Rohrleitungen kommt sie direkt ins Haus. Ganze Straßenzüge können so versorgt werden. Vor allem in Ballungszentren kommt den Wärmenetzen eine wesentliche

Rolle zu. Aber auch kleinere Gemeinden und Dörfer nehmen ihre Wärmeversorgung zunehmend selbst in die Hand und organisieren ihre Nahwärmenetze – zum Beispiel in Form von Energiegenossenschaften.

Künftig müssen unsere Wärmenetze möglichst vollständig mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Und mehr Haushalte müssen davon profitieren. Ob Großwärmepumpen, Solar- und Geothermie, Blockheizkraftwerke, Abwärme – die vielfältigen Quellen erneuerbarer Energien stehen längst in den Startlöchern. Es gibt bereits Förderprogramme des Bundes, um bestehende Wärmenetze auf erneuerbare Energiequellen umzustellen und den Aus- und Neubau klimaneutraler Wärmenetze voranzubringen. Mit dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung hat die Ampelregierung den Kommunen zusätzliche Möglichkeiten an die Hand gegeben. Ziel ist der Aufbau von effizienten Wärmenetzen, die den Bedürfnissen und Möglichkeiten vor Ort entsprechen. Viele Kommunen haben bereits ihre kommunale Wärmeplanung erarbeitet. Größere Kommunen (über 100.000 Einwohner*innen) mussten das bis zum 30. Juni 2026 erledigen. Für die kleineren gilt noch eine verlängerte Frist bis zum 30. Juni 2028.



Grafik: shutterstock

Kostenfalle Wasserstoff

Die schwarz-rote Bundesregierung novelliert aktuell auch das Wärmeplanungsgesetz. Damit setzt sie zwar sinnvolle EU-Vorgaben um, zum Beispiel bei der Kälteplanung. Problematisch sind aber Veränderungen beim Thema Wasserstoff. Kleine Kommunen könnten so in ihrer Planung künftig Wasserstoffnetze leichter als „wirtschaftlich“ ausweisen – etwa, weil bereits ein Gasnetz existiert. Die Gefahr dabei: Wasserstoff zum Heizen ist teuer und kann für Haushalte zur Kostenfalle werden. Und es ist äußerst fraglich, ob in absehbarer Zeit ausreichend kostengünstiger grüner Wasserstoff zur Verfügung stehen wird. Bisher waren daher für die Planung deutlich strengere Prüfungen und Nachweise nötig. Diese Schutzmechanismen werden nun abgeschwächt. Außerdem soll die Wärmeplanung künftig nicht mehr zwingend von einem kommunalen Gremium beschlossen werden. Das beschleunigt zwar das Verfahren, schwächt aber die demokratische Mitsprache vor Ort. Diese Änderungen am Wärmeplanungsgesetz lehnen wir ab und fordern weiterhin Planungssicherheit für alle: Kommunen, Versorger und Verbraucher*innen.


Effizienz
ist entscheidend!
Foto: Jochen Eckel/SZ Photo/laif

Unser Gebäudebestand muss energieeffizienter werden. Zwei Drittel der Wohngebäude in Deutschland sind vor 1979 entstanden. Sie wurden also noch vor der ersten Wärmeschutzverordnung gebaut. Die meisten sind bis heute unzulänglich saniert. Das bedeutet: Etwa die Hälfte all unserer Wohngebäude ist nach wie vor unzureichend gedämmt: Was für eine Verschwendung! Viel Energie lässt sich daher in bereits bestehenden Gebäuden einsparen. Zum einen durch umfassende energetische Modernisierung, zum anderen durch den Umstieg auf effiziente Heizsysteme, die mit erneuerbarer Wärme betrieben werden. Beides geht jedoch viel zu langsam voran. Wir müssen daher der Energieeffizienz unserer Gebäude eine höhere Priorität einräumen, um uns von fossilem Gas und Öl unabhängiger zu machen und den Einstieg in die faire Wärme zu schaffen.

Es geht dabei auch um soziale Gerechtigkeit. Menschen mit niedrigem Einkommen leben häufig in diesen schlecht sanierten Gebäuden und zahlen so noch höhere Heizkosten. Diese Gebäude energetisch zu modernisieren, heißt also auch, die soziale Schieflage in Deutschland ein Stück weit geradezurücken.

Ein Turbo-Modell, um in kurzer Zeit möglichst viele Häuser auf den neuesten Stand zu bringen, ist die serielle Sanierung. Dabei können Bauelemente in Serie vorgefertigt und in Häuser mit ähnlichen oder identischen Merkmalen eingebaut werden. Je mehr Häuser gleichzeitig saniert werden, umso lohnender ist dieser Ansatz. Die Vorteile sprechen für sich: niedrigere Kosten und eine kürzere Sanierungsdauer. Deshalb wollen wir die serielle Sanierung zügig voranbringen.

Europäische Renovierungswelle

Klimaschutz und Energiesparen, das geht nicht nur uns in Deutschland etwas an, sondern alle Europäer*innen. Die Europäische Union hat sich deshalb ein äußerst anspruchsvolles Ziel gesetzt. Bis Mitte dieses Jahrhunderts will sie einen klimaneutralen Gebäudebestand vorweisen. Der „Green Deal" soll in Europa eine Renovierungswelle auslösen. Dazu wurde die Gebäuderichtlinie (EPBD) überarbeitet. Die neuen Regelungen sind im Mai 2024 in Kraft getreten, bis Ende Mai 2026 mussten sie auch in Deutschland umgesetzt werden. Sie betreffen unter anderem:

- Emissionsfreie Neubauten
- Solarenergieanlagen auf Dächern
- Renovierungsziele für Nichtwohngebäude
- Senkung des Energieverbrauchs aller Wohngebäude
- Ausstieg aus fossilen Brennstoffen
- Maßnahmen gegen Energiearmut



… in Deutschland ausgebremst.

Statt mitzuziehen hat die schwarz-rote Koalition Anfang Juli nur eine unzureichende Umsetzung der EU-Richtlinie beschlossen. Die EU-Kommission hat daraufhin bereits ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Denn bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand in der EU zu erreichen, wird mit den deutschen Regelungen nicht gelingen. Außerdem macht Schwarz-Rot den Weg zur Nutzung fossiler Brennstoffe gleich doppelt frei: mit der mangelhaften Umsetzung der EPBD und der gleichzeitigen Streichung der Erneuerbaren-Paragrafen (§§ 71 und 72) im Gebäudemodernisierungsgesetz. So rücken die nationalen Klimaziele bis 2045 in weite Ferne und die Menschen müssen die Kostenrisiken tragen. Wir Grüne im Bundestag setzen uns weiterhin für eine sozialverträgliche und ambitionierte Umsetzung der EPBD ein, damit alle von der Wärmewende profitieren.

Deutschland hinkt in Europa hinterher und holt mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz auch nicht auf. Trauen wir es uns endlich zu! So viele andere Länder heizen klimafreundlich. In den Niederlanden müssen sämtliche Bürogebäude seit Anfang 2023 mindestens die niederländische Energieeffizienzklasse C erreichen. In Dänemark dürfen in Neubauten seit 2013 keine Öl- und Gasheizungen mehr installiert werden. Beim Einsatz von Wärmepumpen steht Deutschland im Vergleich mit den europäischen Nachbarn auf den hinteren Rängen, hier gilt es nun Tempo zu machen.

Heizungsumstieg ist sozial, gerecht und wirtschaftlich vernünftig.

In Deutschland schlummert ein gewaltiges Potenzial zur Energieeinsparung. Dämmen, digitale und smarte Thermostate einbauen, Energiesparen oder erneuerbares Heizen lohnen sich finanziell. Deshalb greifen wir Hauseigentümer*innen und Immobilienbesitzer*innen unter die Arme: mit gezielter finanzieller Unterstützung und klaren, planungssicheren Ausgestaltungsmöglichkeiten.



Obwohl die Koalition angekündigt hatte, dass sich an der Förderung für Heizungstausch und Sanierung (Bundesförderung für effiziente Gebäude, BEG) bis 2029 nichts ändern soll, streicht sie nun die dafür eingeplanten Gelder zusammen. Für den Zeitraum von 2027 bis 2030 werden insgesamt 2,1 Milliarden Euro dem Spardruck geopfert. Das ist verantwortungslos und schürt die Verunsicherung bei den Verbraucher*innen, in der Heizungsbranche und beim Handwerk.

Alles in allem bedeutet es, dass der Fördermaximalbetrag sinkt, es gibt weniger Geld für den Heizungstausch. Im Schnitt erhalten Menschen etwa 4.000 Euro weniger vom Staat für ihre neue Heizung (ohne Einkommensbonus). Das Sparprogramm wird am Ende wohl zu deutlich weniger Klimaschutz führen. Das können wir uns nicht leisten.

Notwendig sind stattdessen verlässliche Fördersummen und eine klarere soziale Staffelung bei der Förderung. Dazu eine Abwrackprämie für alte Öl- und Gasheizungen. Für Menschen, die nicht in Vorleistung gehen können oder den Eigenanteil finanziell nicht stemmen können, bräuchte es passende Lösungen. Zudem sollte die Stromsteuer für alle gesenkt werden, damit die Betriebskosten noch günstiger werden.

Mieter*innen wirksam schützen!

Effiziente, behagliche Häuser und Wohnungen für alle sind unser Ziel. Dabei haben wir besonders die einkommensschwachen Haushalte im Blick.



Wenn durch energetische Modernisierungen die Mieten steigen, darf das nicht zu Lasten der Menschen gehen. Für uns ist es ganz klar, dass beim Umstieg auf erneuerbare und faire Wärme zugleich auch die Mieter*innen gezielt unterstützt und wirksam geschützt werden müssen.

Finanziell betrachtet ist die energetische Modernisierung derzeit weder für Vermieter*innen noch für Mieter*innen gut gelöst. Denn Vermieter*innen, die in Energieeinsparung investieren, können dieses Geld nicht wieder über die eingesparten Energiekosten hereinholen. Zur Refinanzierung sind sie auf die Mieterhöhung über die Modernisierungsumlage angewiesen, die aktuell bei acht Prozent (bzw. bei Inanspruchnahme von Fördermitteln für den Heizungstausch bei zehn Prozent) der Miete liegt. Für Mieter*innen kann das ebenfalls böse ausgehen, wenn die Mieterhöhung höher ausfällt als die eingesparten Energiekosten. Um dieses Dilemma zu überwinden, will die grüne Bundestagsfraktion das Drittel-Modell einführen. Das bedeutet, die Herausforderungen der energetischen Gebäudesanierung fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen zu verteilen. Der Staat übernimmt dabei die Finanzierung zielgerichteter Fördermaßnahmen. Die Förderung sollen die Vermieter*innen in Zukunft aber nicht mehr auf die Mieterhöhung anrechnen müssen: Anders als heute verbleiben die Fördermittel bei ihnen. Im Gegenzug wollen wir die Modernisierungsumlage absenken: auf höchstens drei Prozent im Jahr und nicht mehr als 1,50 Euro pro Quadratmeter. So bleibt nach der energetischen Modernisierung die Warmmiete in der Regel konstant und die Kosten werden gerecht verteilt.

Noch Fragen?

Zum Weiterlesen:

- gruene-bundestag.de/energie
- gruene-bundestag.de/wohnen

Bundestagsdrucksachen:

21/3317 Wärmepumpenoffensive – Heizungsindustrie und Zukunftstechnologien in Deutschland halten (Antrag)

21/2724 Heizkostenfalle verhindern – Wärmewende weiterführen für ein warmes und bezahlbares Zuhause (Antrag)

21/6006 Heizkostenfalle verhindern – Klima und Mieterinnen und Mieter schützen, Energieunabhängigkeit stärken (Antrag)

21/6005 Sanierungsoffensive für Deutschland – Heizkostensenkung durch eine vollständige Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie (Antrag)

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Dr. Alaa Alhamwi MdB

Fachbereich 2 – Ökologie

TEL 030 227 56789
FAX 030 227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Uns geht's ums Ganze

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: St. Kaminski, Stand: November 2026, Titelfoto: Shutterstock